

Geschichte zu tun haben. Diese gemeinsame Geschichte ist eben nicht nur die Geschichte Ostdeutschlands bzw. der DDR, sondern sie ist auch die Geschichte Westdeutschlands.

Ich teile ausdrücklich Ihre Position, die Sie eben dargestellt haben, dass es Mechanismen des politischen Machterhalts gegeben hat, die zur Denunziation, zur Meinungsmanipulation, zur Unterdrückung über die Grenzen des Systems hinaus geführt haben. Frau Tiedge hat übrigens sehr deutlich gesagt, in welchem unterschiedlichem Maße das passiert ist.

Wir können jedoch auf eines nicht eingehen. Wir können nicht sagen: Weil ihr für die ostdeutsche Geschichte verantwortlich seid - in den Debatten sind es, wie wir heute von Herrn Schröder gehört haben, immer nur wir, niemand anders -, habt ihr über die Geschichte Westdeutschlands nicht zu urteilen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Das geht nicht. Inzwischen ist auch die Geschichte Westdeutschlands unsere Geschichte, und auch wir werden uns das Recht herausnehmen, sie kritisch zu beurteilen, und zwar nach ähnlichen oder den gleichen Maßstäben, mit denen wir heute unsere eigene Geschichte kritisch reflektieren müssen. Das ist der Grund.

Ich stimme Ihnen ausdrücklich darin zu, dass die Anwendung moralischer Grundprinzipien von Freiheit und Demokratie unser gemeinsames Anliegen sein muss. Ich spreche auch meine Partei nicht davon frei, in Drucksituationen für taktische Argumentationen offen zu sein.

Der Radikalenerlass in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht zu Regierungszeiten der LINKEN veranlasst worden - ich nenne ihn „Radikalenerlass in Mecklenburg-Vorpommern“; wir wissen, dass das so nicht stimmen würde -, aber ich weiß auch, dass meine Partei in Mecklenburg-Vorpommern angesichts der Erfolge der NPD manchmal Argumentationen geführt hat, die bei uns in Sachsen-Anhalt auf ablehnende Reaktionen getroffen sind. Insofern sage ich: Ja, es ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Aber die konkrete Idee des Radikalenerlasses, um die es heute hier ging, kam nicht von uns, sondern vom Innenminister der Koalition in einem öffentlichen Interview. Auch das gehört zur Wahrheit. Darauf, nur darauf bezog sich der letzte Satz. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Herr Gürth:**

Der Minister des Innern hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte.

**Herr Stahlknecht, Minister des Innern:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es kurz machen. Herr Herbst, ich möchte auf Sie namens der Landesregierung kurz erwidern.

Wir betreiben mit dem NPD-Verbotsverfahren keine Politik der Symbolik. Sie werden später nachlesen können, dass ich das in meiner Rede so nicht gesagt habe. Uns geht es darum, Symbolik künftig zu vermeiden. Denn nichts ist schlimmer, als wenn wir ständig gemeinsam verabreden - Frau Tiedge, darin stimme ich Ihnen und Ihrer Partei zu -, wir wollen diese Partei verbieten, aber wir bekommen es aus irgendwelchen Gründen nicht hin. Denn selbst wenn wir dies in Sachsen-Anhalt tun wollten, liebe Frau Tiedge, brauchten wir dafür die Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Wir sind ein relativ kleines Land, auch das muss man sich um der Wahrheit willen eingestehen.

Insofern möchten wir am Ende der Prüfung ein Ergebnis haben. Wenn das Ergebnis darin bestünde, dass das, was wir vielleicht wollen, Sie aber nicht wollen, tatsächlich nicht umsetzbar ist, dann ist das auch ein Ergebnis, das eine strategische Ausrichtung hat. Dann kann man das Fordern eines NPD-Verbots nicht mehr als reflexartige Symbolik verwenden. Nichts anderes habe ich vorhin gesagt. Die Mitarbeiter meines Ministeriums werden nicht für Symbolik beschäftigt.

Ich bin Ihnen jedoch dankbar dafür, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, darauf zu erwidern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Da es keinen weiteren Gesprächsbedarf gibt, können wir dieses Thema der Aktuellen Debatte abschließen. Beschlüsse in der Sache werden gemäß § 46 der Geschäftsordnung des Landtages nicht gefasst.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, können wir die Gruppe der Landessieger des Wettbewerbs „Jugend forscht“ im Landtag begrüßen. Herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe nunmehr den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung

**Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 4. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt**

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/171**

Ich erlaube mir den Hinweis, dass wir zeitlich bereits etwas in Verzug geraten sind. Wir fahren deshalb zügig fort.

Gemäß § 45 der Geschäftsordnung findet auf Antrag monatlich eine Fragestunde statt. Es liegen Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, fünf Kleine Anfragen vor.

Die **Frage 1** zu dem Thema „**Sachsen-Anhalt auf dem Weg zum familienfreundlichsten Bundesland**“ wird von der Abgeordneten Frau Monika Hohmann gestellt.

**Frau Hohmann (DIE LINKE):**

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hat in den zurückliegenden Tagen mehrfach der Presse gegenüber geäußert, Sachsen-Anhalt zum familienfreundlichsten Land Deutschlands entwickeln zu wollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Probleme sieht die Landesregierung hinsichtlich der Situation von Familien im Land Sachsen-Anhalt?
2. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um diesen Problemen entgegenzuwirken? Hierzu bitte auch eventuell vorhandene Lösungsansätze nennen, die über die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen hinausgehen.

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Die Frage wird durch den Minister für Arbeit und Soziales Herrn Norbert Bischoff beantwortet.

**Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich möchte ich eine lange Vorbemerkung machen. Ich beantworte die Frage der Abgeordneten Hohmann namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1. Die Probleme, mit denen Familien in Sachsen-Anhalt konfrontiert sind, unterscheiden sich, glaube ich, in vielen Dingen nicht von den Problemen der Familien in vielen Ländern der Welt. Aber es gibt in Sachsen-Anhalt spezifische Problemlagen, die unmittelbar mit der Situation in der Nachwendezeit, mit der hohen Arbeitslosigkeit, mit Kinderarmut, mit Familienarmut usw. zusammenhängen. Um das alles aufzuzählen, müsste ich sehr lange hier vorn stehen. Die Landesregierung hat hierzu Berichte vorgelegt, in denen verschiedene Möglichkeiten zur Lösung der Probleme aufgezeigt worden sind.

Aus meiner Sicht stellt es für die Landesregierung eine große Herausforderung bei der Unterstützung von Familien dar, dass der demografische Wandel

in Sachsen-Anhalt nach wie vor fortschreitet und dass starke Veränderungen in den Familienstrukturen, auch im Hinblick auf die Zunahme von Ein-Eltern-Familien, also Alleinerziehenden, zu verzeichnen sind. Ich kann an dieser Stelle nicht alles aufzählen; das würde den Rahmen sprengen.

Zu Frage 2. Von grundlegender Bedeutung für Familien ist - das ist, glaube ich, ein wesentlicher Grund für die Probleme -, dass sie in der Lage sind, ihr Einkommen selbst zu erwirtschaften. Wenn wir über Kinderarmut reden, ist dies der allererste Grund, der dafür angeführt werden muss. Einer der Hauptgründe dafür, dass es Familien gut geht, ist ihre wirtschaftliche Situation.

Im Land Sachsen-Anhalt gibt es zwar gute Rahmenbedingungen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - das steht im Mittelpunkt der Diskussionen über die Novellierung des Kinderförderungsgesetzes -, Voraussetzung dafür ist aber, dass die Eltern berufstätig sind. Deshalb halte ich es für besonders wichtig, dass unsere Maßnahmen an dieser Stelle ansetzen.

Dabei kann man an das anknüpfen, was der Ministerpräsident zu der Zeit, als er noch Wirtschaftsminister war, initiiert hat, nämlich vorrangig Alleinerziehende oder Elternpaare, bei denen keiner von beiden Arbeit hat, in die Zielgruppenförderung einzubeziehen, das heißt, sie speziell zu fördern, damit sie eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Denn der beste Beitrag dazu, dass Kinder in Familien groß werden können, dass Familien ihnen gute Voraussetzungen bieten können, ist die Möglichkeit, ihre Existenz mit eigener Arbeit zu sichern. Dazu gehört natürlich auch, dass entsprechende Löhne gezahlt werden. Auch das ist eine Forderung der Landesregierung.

Ich bin davon überzeugt, dass die Betriebe in den nächsten Jahren aufgrund des Fachkräftemangels gezwungen sein werden, die Löhne, die sie zahlen, anders zu gestalten als heute, wo der Markt noch groß genug ist.

Ich hoffe, dass dann der Standortvorteil Sachsens-Anhalts stärker in den Vordergrund rückt und dass mehr Familien nach Sachsen-Anhalt zurückkommen, wenn sie hier nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch einen gut bezahlten haben können. Deshalb sind die Rahmenbedingungen des Kinderförderungsgesetzes besonders wichtig.

Wichtig ist auch, dass wir die Betriebe in Sachsen-Anhalt bei der Gestaltung familienfreundlicher Arbeitszeiten unterstützen. Das ist neu. Wir können die Betriebe diesbezüglich nicht aus der Verpflichtung entlassen. Denn die Betriebe und die Wirtschaft profitieren an erster Stelle von den weichen Standortfaktoren. Deshalb ist neben der Beteiligung an Angeboten zur frühkindlichen Bildung auch eine familienfreundliche Gestaltung der innerbetrieblichen Strukturen wichtig.

Folgendes möchte ich noch erwähnen: Ich habe in den letzten Wochen oft die Forderung gehört, wir brauchten mehr Psychotherapeuten und Psychiater im Land, da vermehrt Fälle von Burnout-Syndrom und ähnliche Phänomene zu beobachten seien. Aber ich denke, das ist die falsche Antwort. Man muss vielmehr schauen, an welcher Stelle die Probleme in der Wirtschaft liegen, warum Menschen in solche Situationen kommen. Wir können nicht einfach sagen, wir brauchen mehr Psychiater, damit die Menschen noch mehr leisten können. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

(Zustimmung von Frau Hampel, SPD)

Zudem finde ich es richtig, dass die Zuständigkeit für den Arbeitsmarkt nun beim Sozialministerium liegt. Somit ergeben sich mehr Möglichkeiten, bei der Zielgruppenförderung speziell die Sicht auf Familien zu nehmen und bei der Förderung von Betrieben die Fachkräftesicherung stärker zu berücksichtigen.

Bisher - das ist klar - führen wir eine Familienfreundlichkeitsprüfung bei jedem Vorhaben, beispielsweise bei Gesetzesvorhaben, durch. Ich möchte einige Beispiele nennen, aber dann muss ich auch zum Schluss kommen.

Wir haben im Land in den letzten Jahren unheimlich viele Netzwerke geschaffen: lokale Netzwerke, große Netzwerke für Familien, die Kooperation von Netzwerken usw. Ich habe manchmal den Eindruck, dass man vor lauter Netzwerken, die manchmal selbstverständlich sind, nicht mehr sieht, was eigentlich nötig ist. Daher muss man an dieser Stelle genauer hinschauen; das ist eines meiner wichtigsten Vorhaben.

Dabei steht im Vordergrund, was den Familien und vor allem den Kindern zugute kommt. Auch müssen wir uns fragen, ob das, was wir mit Vernetzung meinen, tatsächlich passiert oder ob wir damit lediglich Strukturen schaffen, die sich selber erhalten und nicht zu einer qualitativen Verbesserung führen.

(Zustimmung von Herrn Borgwardt, CDU, und von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Es ist beispielsweise das Kinderschutzgesetz zu nennen, das derzeit auf der Bundesebene novelliert wird. Es gibt schon jede Menge Beiträge, die wir weiterentwickeln wollen, damit Kinder hier unter guten Bedingungen aufwachsen können und viele Möglichkeiten bekommen, ihr Leben optimal zu entfalten.

Das Wichtigste ist für mich das Kinderförderungsgesetz. Diejenigen, die bei den Veranstaltungen dabei gewesen sind, haben es mitbekommen. Das Beste, was wir tun können, ist, existenzsichernde Arbeitsplätze zu fördern und gleichzeitig die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Kinder von Anfang an die besten Chancen für ihre Bildung

haben. Damit schafft man etwas für die Familien. Die Familie ist die Grundlage der Gesellschaft. Darin sehe ich die Ausrichtung der Landesregierung. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt keine Nachfragen.

Wir kommen zur **Frage 2**. Der Abgeordnete Sören Herbst fragt zum **Verkehrslandeplatz Magdeburg**.

**Herr Herbst (GRÜNE):**

Im Koalitionsvertrag wird auf Seite 57 ausgeführt, dass die Landesregierung die Weiterentwicklung des Magdeburger Verkehrslandeplatzes nach europäischen Richtlinien für den qualifizierten Geschäftsflugverkehr unterstützt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen mit welchen finanziellen Auswirkungen umfasst diese Weiterentwicklung in welchem Zeitraum?
2. In welchem Verhältnis stehen diese Absichtserklärungen zu den im Luftverkehrskonzept für Mitteldeutschland enthaltenen Aussagen und zu dem gerade aufgenommenen Flugbetrieb am Flughafen Cochstedt?

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Die Frage wird durch den Minister für Landesentwicklung und Verkehr Herrn Thomas Webel beantwortet.

**Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die beiden Fragen des Abgeordneten Herbst beantworte ich wie folgt.

Zu Frage 1: Die im Koalitionsvertrag getätigte Aussage, den Verkehrslandeplatz Magdeburg nach europäischen Richtlinien für den qualifizierten Geschäftsflugverkehr weiterzuentwickeln bzw. zu unterstützen, wird seitens des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr nicht mit einer finanziellen Förderung untersetzt.

Zu Frage 2: Die im Koalitionsvertrag getroffene Aussage steht nicht im Widerspruch zu dem Luftverkehrskonzept für Mitteldeutschland und den derzeitigen Entwicklungen am Verkehrsflughafen Magdeburg-Cochstedt.

**Präsident Herr Gürth:**

Vielen Dank, Herr Minister. Nachfragen gibt es nicht.